



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

30.03.1932 (Nr. 62)

LNZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Mittwoch, 30. März 1932 • Nummer 62

Wählerlisten

für den zweiten Wahlgang
im Polizeihaus
einsehen!

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele, Geschäftsstelle und Redaktion: Popenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878.

Die LNZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörungen, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10 gespaltene mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Septel RM 0.50, auswärts RM 0.70, Stellengröße RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.08, Platzvordrucken ohne Verbindlichkeit.

Adolf Hitler als Kamerad

Von Dr. Joseph Goebbels.

Von Frontsoldaten, die mit Adolf Hitler zusammen im Felde gewesen sind, bekommt man auf die Frage nach ihm immer wieder dieselbe Antwort: „Er war unser bester Kamerad und unser treuester Kamerad.“ Die Kameradschaft ist vielleicht die schönste Tugend im Weltbild Adolf Hitlers. So, wie er mit seinen Freunden im Felde durch Dür und Nässe ging, so hat er zu seinen Mitkämpfern in der Politik immer treu und eifrig gehalten, und niemand kann mehr ihn den Vorwurf erheben, daß er von ihm her oder von der Bewegung jemals im Stich gelassen worden sei.

Das gibt allen Nationalsozialisten das sichere Gefühl des Verbundenseins mit der Partei und ihrem Führer. Jeder weiß, daß Adolf Hitler zu ihm steht und ihn niemals vor der Öffentlichkeit preisgibt, auch wenn Fehler begangen wurden, die vom Führer gerügt und von ihm wieder gut gemacht werden.

Vierhunderttausend SA- und SS-Männer haben sich diesem Mann freiwillig untergeordnet. Sie gehören ihm aufs Wort, obgleich er über sie keinerlei Strafgewalt hat. Sie fühlen sich ihm ergeben, aber auf der anderen Seite sind sie auch seine Kameraden. Adolf Hitler ist für sie in der Tat wieder so eine Art germanischer Herzog, der als erster mit seinen Gefolgshäuptlingen zu Kampf und Sieg marschiert.

Als Ende des vorigen Jahres in Braunschweig über hunderttausend SA- und SS-Männer vor Adolf Hitler vorbeimarschierten, konnte man mit Bewunderung und Ehrfurchung feststellen, was dieser Mann für seine Kameraden bedeutet. Ein endloser Zug, von 12 Uhr bis 20 Uhr, als schon die Nacht hereinbrach, marschierten sie vor ihm auf und grüßten in ihm den Führer. Mit erhobener Hand grüßte er sie wieder und jeder von denen, die — wenn auch nur für eine Sekunde — in sein Auge schauten, war sich der beglückenden Tatsache bewußt, daß dieser Mann nicht nur ihr Führer, sondern ihr bester Kamerad war, der ihnen den Weg aus Not und Elend zu Freiheit und Brot zeigen würde.

Die nationalsozialistische Bewegung wäre überhaupt undenkbar, hätte Adolf Hitler sie nicht auf dem Prinzip der Kameradschaft aufgebaut. Schon die ersten kleinen Gruppen, mit denen er in München im Jahre 1919 zu arbeiten begann, waren im wahren Sinne des Wortes Kameradenschaftsverbände. Die Sturmabteilung der Jahre 1923 waren auf Kameradschaft aufgebaut, und so, wie Hitler mit seinen Mitkämpfern nach der Macht gegriffen hatte, so wanderte er auch zusammen mit ihnen auf die Festung. Er verteidigte sich, als es ernst wurde, nicht hinter ihnen, er stellte sich an ihre Spitze. Vor dem Volksgericht in München sprach er die denkwürdigen Worte: „Ich bitte darum, daß man mich verurteilt, meine Kameraden aber freiläßt. Sie sind unerschuldigt. Ich übernehme die ganze Verantwortung.“

Als Adolf Hitler im Dezember 1924 von der Festung entlassen wurde, sammelten sich sofort seine alten Mitarbeiter wieder um ihn. Im Februar des Jahres 1925 appellierte er an ihre Treue und Ergebenheit, und sofort stellten sich wieder alle in einmütiger Gefolgschaft hinter ihn. In zäher und verbissener Opferbereitschaft bauten sie aus den Trümmern der gescheiterten Bewegung wieder die alte Partei auf. Und in einem sechsjährigen Siegeszug wurde sie zur impaviden Massenorganisation Deutschlands.

Lebensmittel-Unruhen in Moskau Zahlreiche Frauen von Polizei verletzt

Berlin, 30. März. Wie der „Volksanzeiger“ aus Moskau meldet, strömten auf die Nachricht, daß der Buttertrakt einen größeren Vorrat an Lebensmittelfaktoren verkaufe, Frauen, die seit ungefähr vier Monaten mit ihren Familien keine Butter mehr gesehen hatten, in Scharen vor das Verkaufsgebäude im Zentrum Moskaus. Für die dort vorhandene Butter wurden jedoch sieben Rubel anstatt des bisher

üblichen Preises von 250 Rubel für das Pfund verlangt. Hierüber gerieten die Frauen in eine solche Erregung, daß sie sämtliche Scheiben und Einrichtungsgegenstände des Verkaufslokals in Stücke schlugen und die Verkäufer mißhandelten. Verärgerte GPM-Truppen gingen gegen die Frauen vor und zerschlugen sie mit Gewalt. Zahlreiche Frauen wurden hierbei verletzt. Zu ähnlichen wüsten Szenen kam es vor dem Zuckertrakt.

Politik Soldat im besten Sinne des Wortes, teilte mit seinen Leuten Freude und Leid, kämpfte auf den großen Tagen seiner Bewegung mit ihnen in denselben Massenquartieren, und wie seine SA-Männer, wie z. B. in Dargburg, mit anderen Verbänden aufmarschierten, da sah er nicht mit deren Führern am bürgerlichen Mittagstisch, sondern als mit seinen Kameraden das selbe Brot und dieselbe Suppe.

Darum lieben sie ihn auch alle. Drum hängen sie ihm mit einer fanatischen Begeisterung an. Darum haben sie seinen Namen zum Gruß erhoben. „Heil Hitler!“, so klingt es heute in Deutschland Tag um Tag, Stunde um Stunde aus Millionen Röhren. Ob deutsche Menschen sich zu kleinen Sprechenden oder zu riesigen Massen umgeben zusammenfinden, sie gehen nicht auseinander, ohne daß sie ihrem Führer Gruß und Dank gesagt haben.

So stellen wir uns den Mann vor, der Deutschlands Geschichte in seine Hand nehmen soll. Klug und groß, voll Einsicht und Tatkraft, mit Mut und Tapferkeit ausgestattet, aber zugleich der Freund und Kamerad des Volkes. Ein Mann, der aus unseren Herzen hervorgegangen ist, und dem wir deshalb vertrauensvoll die Zukunft des Reiches übergeben können.

Das deutsche Volk weiß, daß es noch ungelebte Opfer bringen muß, um seine Freiheit wiederzuerlangen. Aber es will, daß sein Führer nicht nur die Freuden, sondern auch die Leiden des Aufstiegs mit ihm teilt. Es will den ersten Mann des Reiches nicht nur verehren, sondern auch lieben. Die Kameradschaft aus den Feldern von Verdun und Ypern soll auch in die schlammligen Schützengräben der Politik der Gegenwart hineinvererbt werden. Das will das Volk, und dabei ist ihm Adolf Hitler mehr als ein Führer.

Darum wird jeder aufrechte Deutsche ihm und ihm allein am 10. April seine Stimme geben.

Vor einem Streik im Londoner Hafen?

London, 30. März. Im Londoner Hafen ist eine neue Lohnkriege ausgebrochen, die möglicherweise zu einem Streik von 8000 Lägern und Jaden führen kann. Londoner Schiffs-eigner haben die bisherigen Lohnverträge zum 1. April gekündigt und mitgeteilt, daß von diesem Zeitpunkt ab alle Städtarbeitsläge für die Frachtabladung herabgesetzt würden. Die Gewerkschaften haben eine schiedsrichterliche Entscheidung abgelehnt und eine Erklärung herausgegeben, wonach die Lohnfindung einer Aus-fernung gleichkomme und einen Besch des im Dezember unterzeichneten Lohnabkommens bedeute.

Ein neues englisches Ref-n-Bomben-Flugzeug.

London, 30. März. Ein neues Doppeldeckerbombenflugzeug der Armstrong Siddeley-Firma hat seinen erfolgreichen Versuch beendet. Die Maschine soll eine Geschwindigkeit von über 300 km erreichen und ist besonders für Höhenflüge gebaut. Das Flugzeug besteht vollkommen aus Stahl und ist mit zwei Maschinen-gewehren und einer Bombenabgabe ausgerüstet. Es besitzt ferner elektrische Licht- und Heizanlagen, sowie Sauerstoff-Apparate zur Versorgung in höheren Luftschichten. Der Motor von 500 PS. befähigt die Maschine zu einer Steigfähigkeit bis auf 7000 Meter innerhalb weniger als 15 Minuten in beinahe senkrechten Flüge. Die höchstreichbare Höhe beträgt 10 000 Meter.

Paris jubelt!

England ist enttäuscht

Paris, 30. März. Wie schon an anderer Stelle berichtet, ist durch die überflüssige Redundanz des Reichsfinanzers die Viermächtekonferenz verabschiedet und damit Frankreich Gelegenheit gegeben worden, England vorher in seinem Sinne zu beeinflussen. Jedenfalls wird das endgültige Zustandekommen der Bewegung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Lardieu und dem englischen Finanzminister Macdonald und dem englischen Außenminister, sowie mit dem britischen Schatzkanzler andererseits von der Pariser Frühpresse

mit ganz besonderer Genugung

ausgenommen. Man versucht ebenfalls, aus der amtlichen Verlautbarung, die das französische Außenministerium am Dienstagabend verbreitete, die Schlussfolgerung zu ziehen, daß überhaupt niemals die Rede davon gewesen sei, diese Ansprache der vier Mächte durch eine Vierer-Konferenz zu ersetzen.

Was die Belpredungen selbst angeht, so betont man, daß neben dem Plan der Schaffung eines Donaubundes die Reparationsfrage und die Frage der Zolltarife Hauptgegenstände des gegenseitigen Meinungsaustausches sein werden.

Das „Journal“ glaubt sogar, allen Grund zu der Annahme zu haben, daß die beiden Ministerpräsidenten nicht verfehlen werden, sich über die Gefahren zu unterhalten,

die für ganz Europa die Ausbreitung des Nationalsozialismus bedeute.

England ist enttäuscht

London, 30. März. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ erklärt ganz offen, daß die Vier-Mächte-Konferenz vollständig in der Luft hänge. Nachdem Lardieu im Laufe der Vorverhandlungen seinen Zweifel darüber gelassen habe, daß Frankreich einer Vier-Mächte-Konferenz nur zustimmen könnte, wenn die Angelegenheit gefordert mit England besprochen würde, könne man für die nächste Zukunft nur einen privaten englisch-französischen Meinungsaustausch erwarten. In englischen Kreisen betrachte man die Verschlebung der Vier-Mächte-Konferenz ebenso wie in Rom und Berlin als enttäuschend.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Herald“ sagt, Sir John Simon habe sich einfallen lassen, Er habe Lardieu eine von einem jungen Kaufmann entworfene Denkschrift über eine Zollvereinbarung der Donau-Staaten überreicht. Lardieu habe darauf sofort die Möglichkeit erkannt, die englische Politik auf einen Plan festzulegen, der Deutschland ausschließe und England in eine enge Enklave mit Frankreich hineinzuweisen, um es gegen Deutschland auszuspielen. Macdonalds Eingreifen sei die Einberufung der Vier-Mächte-Konferenz zu verhindern. Da jedoch in der englischen Einladung kein fester Zeitpunkt angegeben war, und sein Kommen von dem Erscheinen des zurzeit in Rhodus weilenden Grandi abhängig machte, habe Lardieu eine neue Möglichkeit für sich erblickt und die private englisch-französische Zusammenkunft durchgeleitet. Lardieu verfolge mit seinem Plan nur politische Vorherrschtszwecke.

Kann ein Mann so viel Treue und Unerschlichkeit seiner Gefolgschaft auf die Dauer für sich in Anspruch nehmen, wenn er der Hyäne oder nur der Fährer seiner Leute ist? Nein und tausendmal nein! Er muß ihnen auch Freund und Kamerad sein. Er muß sie in all ihren Nöten und Sorgen verstehen. Er darf nicht nur über ihnen stehen, er muß auch, wo es notwendig ist, vor ihnen stehen. Er muß wissen, was sie denken und fühlen und welche Sorgen sie bedrücken. Nicht umsonst sind, während die nationalsozialistische Bewegung in unaufhaltsamen Siegeszug nach oben stieg, die anderen Parteien vergangen und verfallen. Sie hatten kein Solidaritätsgefühl. Es lebte in ihnen

kein Körpergeist. Vor ihren Gefolgschaften stand kein Mann, der ihnen Vorbild, Führer, Kamerad und Freund zugleich war.

Das ist bei uns der Fall: deshalb haben wir uns Adolf Hitler in Treue verschrieben und sind entschlossen, ihm durch alle Gefahren zu folgen.

Am tiefsten und reinsten empfindet das deutsche Jugend. Sie hat seit 1918 vergeblich nach Führern Umschau gehalten. In den anderen Parteien fand sie nur kleine Interessensvertreter, bombastische Phrasendrescher, großspurige Betonen und Indierte Parlamentsmänner. Von der Art war Adolf Hitler nicht. Er ging eigenförmig und trotzig seinen eigenen Weg. Er blieb auch in der

Frühjahrsbestellung doch in Gefahr!

Mit Mitte Februar Adolf Hitler's Mahnruuf zur Sicherung der deutschen Ernte 1932 nicht-kümmiges Echo im ganzen Reich geweckt hatte, da unterließ sich der „bayerische Bauernbote“ Helm, mit großemhohem Eigeninn auf sein eingebildetes Monopolrecht als Wächter der landwirtschaftlichen Belange poßend, das vom Führer des erwachenden Deutschland aufgetragene Pflichtbewußtsein aller an der Volksernährung aus eigener Scholle beteiligten Kreise wieder einzuführen zu versuchen. Mit einer von Verständnis für eine deutsche Lebensfrage erlaunlich unterdrückten Geschäftigkeit um die eigene Parteiapparat hat Dr. Heim damals in der bayerischen Zentrumspreffe dem Führer der größten deutschen Partei nicht nur das Recht zu bestreiten versucht, sich in die Frage der Volksernährung „einzumischen“, sondern er hat die Dinge auch noch so darzustellen sich bemüht, als ob es in diesem Punkte überhaupt nichts mehr vorzuliegen gäbe. Vor allem die aktuellste Forderung Adolf Hitler's nach sofortigen Maßnahmen für die Durchführung einer fruchtgemäßen Frühjahrsbestellung erlaube sich Dr. Heim mit der hochherrschaftlichen Geste abzufragen: „Das will uns Herr Hitler sagen!“

Um ein Erklärliches noch rüber im Ton, in ausgesprochen ordinärer Weise, hat der auch sonst durch die Geschäftigkeit seiner Ausfälle gegen die deutsche Volksbewegung für Freiheit und Brot berüchtigt gewordene „Presbiter“ des Hindenburg-Ausgleichs Bayerns die Arbeit unseres Führers für Bauerntum und Volksernährung herabzumündeln sich erdreistet. In seiner Nr. 10 vom 16. März hängt jeder Selbstverständliche keine „ritterliche“ Gewinnung folgendenmaßen niedriger:

„Von der Landwirtschaft versteht Hitler und die Gelehrten um ihn herum ungefähr soviel wie die Kuh vom Klavier spielen. Aber Gott sei Dank, der Bauer merkte und läßt sich von den nationalsozialistischen Sprüchweilern nicht das Hirn verdrehen. Weil er selbst nicht gewohnt ist, viel zu reden, hat er für leere Sprichmacher wenig übrig. Bei seinem Stand verlangen Versprechungen so wenig wie beim Bauern. Das soll ihm ein Programm? Er pfeift darauf, wenn er sieht, daß Programm und Handeln verschiedene Dinge sind.“

Wie grundverschieden bei Dr. Heim „und den Gelehrten um ihn herum“ und bei den Hindenburg-Ausgleichern programmatische Versprechungen und agitatorische Sprüche vom zielbewußten Handeln sind, wird ersichtlich erwiesen durch einen Notiz, aus dem hervorgeht, daß die „berufenen“ Interessenhüter für Landwirtschaft und Volksernährung in der von Adolf Hitler im Februar, als noch jede Gefahr hätte abgewendet werden können, aufgeworbenen Frage völlig verlag haben. Dieser Auf ergeht in Form eines Telegramms an die Reichspressestelle der NSDAP, aus Halle a. S. und lautet:

„Als allen Teilen der Provinz Sachsen kommt es bekannt, daß die Durchführung der Frühjahrsbestellung weder durch Handel noch Genossenschaften ohne Verzögerung möglich ist. Handel lehnt Lieferung gegen Wechsel ab.“

S., Willkür der Landwirtschaftskammer.“

Die marxistische Kirchenhetze

Gerade jetzt um die Oster- und Konfirmationszeit herum entfalten die Marxisten eine rege Propaganda für die sogenannte „Jugendbewegung“, während in der Vorbereitung und Propaganda dieser materialistischen Jugendbewegung ist die Sozialistische Arbeiterjugend, die offizielle Jugendorganisation der SPD. Man beachtet sich dort nicht nur darauf, etwa die Jugendbewegung vorzubereiten, sondern darüber hinaus auf eine widerliche Gehpropaganda gegen die kirchlichen Einrichtungen, Kommunion, Konfirmation, Taufe u. a. m. So finden sich z. B. in der letzten Funktionärschrift der SAJ, „Der Führer“ bezeichnende Anweisungen für eine Bekämpfung und Verächtlichmachung dieser christlichen Feiern. Eine dieser Anweisungen betrifft die Aufführung eines der berühmtesten Götterfeste, wie sie in marxistischen „Kultur“-Veranstaltungen besonders eifrig gepflegt werden. In der entsprechenden Aufführung der SAJ-Zeitschrift heißt es als Aufklärung für die Jungenernennung eines solchen Festes vorläufig:

„Auf der Bühne angebend eine Kugel, von der herab ein als Pöbel verkleideter Jugendgenosse eine Kugel nachkommen versucht, vor der Kugel einige Konfirmationskinder, die den jüngeren Genossen und Genossinnen dargestellt werden. Es werden Kirchenlieder heruntergeleiert, Gebete gesprochen und gesungen.“

Nun mag vielleicht das allerdinglichste Zentrum mit der Kirche kommen, es handelt sich hier um Auswüchse oder Angriffe, die nur gegen den Protestantismus gerichtet seien. Das dürfte kaum als Auswüchse angesehen werden können, denn zunächst einmal ist die SAJ, die offizielle Jugendorganisation, die den Nachwuchs der Partei bilden soll und zum zweiten handelt es sich um eine unangenehme Verhöhnung des Christentums und seiner Einrichtungen.

Aus der Separatisten-Zeit

Frankenthal, 27. März. Die Verurteilung der Verhandlung im Heim-Förster-Prozess endete mit

Der Reichskanzler hat keine Zeit

Paris, 28. März. Es ist jetzt nicht mehr über die Ministerpräsidenten Tardieu und Finanzminister Mandin sich am Sonntagabend nach London begeben werden, um mit den englischen Staatsministern sowohl über die Frage des wirtschaftlichen Donau-Bundes wie über das Kriegs- und Tributproblem vorzubereiten zu verhandeln. Der französische Wunsch, mit England zu einer Art Vereinigung zu gelangen, und die Ministerbegegnung von der Viermächtekonferenz zu trennen, scheint sich also in vollem Umfange durchgeführt zu haben.

Zweifellos hat die deutsche Abordnung, die Viermächtekonferenz bis nach dem 10. April, dem Tage des zweiten Wahlganges, zu verschieben, der Tendenz einer solchen englisch-französischen Vereinigung Vorstoß geleistet, wobei erinnernd ins Gedächtnis fällt, daß das deutsche Auswärtige Amt zurzeit vom Reichskanzler mitverwaltet wird und

ein besonderer Außenminister, der, ohne Wahlrecht zu haben, in die außenpolitischen Verhandlungen hätte eingreifen können, nicht zur Verfügung steht.

Ministerpräsident Tardieu will am Sonntagabend oder am Montag früh wieder von London nach Paris zurückkehren, um sich bis zum 11. April mit wichtigen Regierungsgeschäften zu befassen. In französischen politischen Kreisen ist man mit dieser Führung einigermassen zufrieden und erklärt, daß Tardieu „bereit“ sei, am Montag, 11. April, in Genf mit Reichskanzler Brüning, Ministerpräsident MacDonald und dem Vertreter Mussolini zur Aussprache über die Donau-Frage zusammenzutreffen. In der französischen Presse werden andererseits aber auch Befürchtungen laut, daß MacDonald zwischen Frankreich und Deutschland vermitteln und damit den Donau-Plan Tardieu's zu Fall bringen wolle.

der Aufhebung des auf 4 Monate Gefängnis lautenden Urteils 1. Instanz, das der Verteidiger Dr. Weinmann, Ludwigshafen in seinem Plädoyer als Lebensurteil begnadigte. Die Strafkammer billigte im Gegenfall zu dem Einzelrichter des Amtsgerichtes Grünstadt Schriftleiter und Strafrichter Dr. Förster den guten Glauben an, als er geklärt auf Informationen in der Versammlung in Grünstadt und in den Parteiverfassungen in Regensburg über Dr. Heim die Vermutung auswandte, daß dieser über den Weg einer Ludwigshafener Persönlichkeit durch den in Speyer niedergelassenen Dr. Sand den Sozialistenführer und Landesverwalter Heinz Orbis in Speyer vor der Festsetzung gewahrt habe. Die Verurteilungssatz hielt ein Vergehen der böswilligen Verleumdung nicht für gegeben und beurteilte Dr. Förster nur wegen dieser Nachrede zu 2 Monaten Gefängnis. Durch das Frankenthaler Urteil ist auch die Urteilsbegründung des Grünstadter Urteils aufgehoben, die sich bekanntlich in langschweifigen Ausführungen auf das Gebiet der hohen Politik begeben und Dr. Heim das Zeugnis ausgestellt hatte, daß seine „Politik der Finnen“ auch in den Jahren 1919–20 in nationaler Hinsicht einwandfrei gewesen sei. Die Frankenthaler Strafkammer vertritt im Gegenfall dazu die Auffassung, daß das Gericht nicht die Aufgabe hatte, das Verhalten Dr. Heims in den Jahren 1919–20 zu werten. Sie stellt aber fest, daß sie die Pflicht hatte, das Verhalten Dr. Heims in den Jahren 1919–20, so wie es Dr. Förster und seine Kreise beurteilten, beim Strafmaß zu Gunsten Dr. Försters zu berücksichtigen.

Her mit der Rundfunkparität

Nationalsozialistische Klage beim Staatsgerichtshof.

Rechtsanwalt Dr. Franz H. München, hat als Reichsvertreter der NSDAP, und ihres Führers Adolf Hitler Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich erhoben wegen des Verbots des Reichsministeriums an sämtliche deutsche Rundfunkgesellschaften, durch das ihnen untersagt wird, den Rundfunk in der gleichen Weise zur Verfügung zu stellen wie dem Präsidialamt und anderen Reichspräsidenten von Hindenburg.

Neuer Reichsbankausweis

Berlin, 29. März. Der infolge der Osterfeiertage mit Verzögerung zur Veröffentlichung gelangende Reichsbankausweis für die dritte Märzwoche ergibt eine Erleichterung der Kapitalanlage um 51 Mill. RM. Der Notenumsatz ging um 107 Mill. RM. auf 4006 Mill. RM. zurück. Der Gold- und Devisenbestand hat sich geringfügig (um ¼ Mill. RM.) gehoben. Das Deckungsverhältnis liegt um 24,8 auf 25,4 v. S.

Neue Hetze gegen das Sudetendeutschtum

Der nordböhmische Tschetschewerein „Jednota“ hielt Mitte März in Prag eine Tagung ab, wobei der Vorsitzende Senator Hrubý sich über die „Laubell“ beschwerte, mit der angeblich die Regierung gegen die Deutschen vorgehe. Die Regierung dulde die Salenkreuzerbewegung, die „Unterdrückung“ der tschechischen Sprache, die Ausbürgerung tschechischer Arbeiter im deutschen Gebiet usw. Der Münchner Bürgermeister Fischer (!) protestierte gegen die tschechischen Unterdrückungsmaßnahmen, die sich für Gleichberechtigung aller Nationen einsehen. Als Folge gab seiner Schmach nach einer Wiederholung einer allnationalen Regierung Ausbruch und verlangte die strengste Bestrafung der verhassten deutschen Nationalsozialisten. Zum Schluß wurde in einer Rundgebung an die tschechische Bevölkerung befohlen, daß seit dem Eintritt deutscher Parteien in die Regierung sich die nationalen Verhältnisse der tschechischen Minderheiten verschlechtert haben, und worin gefordert wird, daß die Bestimmungen des Sprachengesetzes ohne irgendwelche Einschränkung eingehalten werden.

Polnische Wahlfahrten auf Kosten der Reichsbahn

Die Sozialdemokratie zieht mit den Namen Braun und Severing als Spitzenkandidaten

in jedem Wahlkreis und auf der Landeskarte in den Preußenwahlkampf. „Severing und Braun“, das bedeutet „Hort der Demokratie“, das „Vollwert gegen alle Feinde der Republik“. So und ähnlich bringt es uns aus dem entworfenen Zeitungsplan in die Augen. In diesem „Hort der Demokratie“ ist es selbstverständlich, daß der Handvoll polnischer Wähler in den Grenzgebieten die größtmögliche demokratische Mehrheit eingebracht werden. So stellen die Polen für die Preußenwahl eigene Kandidaten in Oberschlesien und an der Grenze Ostpreußens auf. Dies Mäandrieren ist von vornherein aussichtslos. Um jedoch der polnischen Agitation Material zu beschaffen, versuchen die polnischen Drahtzieher alle nur erreichbaren Populisten in einen Wahlkreis zu werfen, um so evtl. die notwendige Stimmenzahl herauszufinden. So haben die Polen bei der Reichsbahngesellschaft einen Antrag gestellt zum Transport der polnischen Arbeiter nach Oberschlesien zur Stimmabgabe einen Sonderzug mit besonderen Preisvergünstigungen zur Verfügung zu stellen. Auf Kosten des deutschen Volkes will man also die Grundlagen für die Polenpropaganda sammeln. Dieses unerhörte Ansuchen übersteigt denn doch das Erträgliche. Unfassbar aber ist es, daß die Reichsbahn diese unerhörte Forderung nicht rundheraus abgelehnt hat. Während in Polen die Millionen Deutschstämmigen mit der Anklage und gemeinhem Terror von der Stimmabgabe ferngehalten werden, geht unsere „demokratische“ Gesellschaftsbelei nicht so weit, daß wir noch die polnische Aktion finanzieren.

Severing auf dem Rückzug

München, 26. März.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP teilt mit: In der Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich am 24. März 1932 wegen Erlass einer einseitigen Verfügung in Sachen

Christlichsozialer Skandal in Oberösterreich

Wiener Bankjude verdient Millionen an öffentlichen Anleihen

Seit dem Bestande der österreichischen Republik heißt das Geheimnis der dort herrschenden schwarz-roten Parteien: Anleihepolitik. Wann immer und wie immer die Unfähigkeit des herrschenden Systems sich geoffenbart hat, man fand jedesmal, getreu dem deutschen Beispiel, den rettenden Ausweg in einem großen Pump. Die heutige restlose Abhängigkeit von der Gnade und Ungnade des ausländischen Geldegebers ist die Folge dieser Regierungslust. Nun liefert das Land Oberösterreich, das völlig unter christlichsozialer Herrschaft steht, ein drastisches Beispiel dafür, in welcher bedenklicher Weise solche Anleihegeschäfte zum Schaden des ganzen Volkes jüdischen Profitagern in die Hände gespielt wurden. Angeführt durch das Beispiel Dr. Seipels, der durch seine Genfer Sanierung vom Jahre 1922 den Auftakt zu der ganzen Entwicklung gegeben hatte, nahm das Land Oberösterreich im Jahre 1925 eine Anleihe von fünf Millionen Dollar beim Weltbankhaus Morgan in New York auf. Mit der Vermittlung dieser Anleihe wurde ein ganz obdunkeltes Wiener Bankgeschäft, Alma u. Co., beauftragt, dessen Besitzer der Jude Dr. Hans Alma (früher Jac Apfel) war. Von den 5 Millionen Dollar, die im Jahre 1925 aufgenommen wurden, hat Oberösterreich nur ungefähr 3,6 Millionen Dollar erhalten, während der Rest von 1,4 Millionen Dollar auf Kursdifferenzen und Provisionen verrecknet wurde. Dr. Hans Alma (Jac Apfel) hat an dieser Anleihe des Landes Oberösterreich nicht weniger als 500.000 Dollar bar „verdient!“

Das Land Oberösterreich arbeitete trotzdem mit diesem feinen Geschäftsmann weiterhin zusammen. Durch die Vermittlung der von Alma gegründeten „Anstalt“ wurde 1927 ein weiterer „Dollarkredit“ von 7,5 Millionen Dollar bei der „Anstalt“ aufgenommen. Diese hatte aber keineswegs die Mittel, immer solchen Kredit zu gewähren. Sie beschaffte 1,5 Millionen Dollar kurzfristig und versprach Verlängerung,

NSDAP, Hitler, gegen preußische Staatsregierung, betreffend Polizeistation Severing, hatte der Präsident des Reichsstaatsgerichtshofs nach Verhandlung zur Sache angehängt der Anleihe Reichslage einen Vergleichsvorschlag gemacht, wonach sich die preußische Regierung verpflichtete, unverzüglich das von der NSDAP in ihrem Antrag auf Erlass einer einseitigen Verfügung geforderte Material herauszugeben. Dieser Vergleichsvorschlag wurde heute von dem preußischen Staatsminister des Innern angenommen.

Die Reichsleitung der NSDAP erwartet hierauf, daß das preußische Staatsministerium das gesamte zur Aufrechterhaltung der Organisation notwendige Material, wie es in dem Antrag auf Erlass einer einseitigen Verfügung aufgeführt ist, unverzüglich herausgeben wird. Der Antrag auf Erlass einer einseitigen Verfügung wird selbstverständlich von der NSDAP, vorausgesetzt, erst zurückgenommen werden, wenn dieses Material angehängt sein wird.

Groener gegen Severing

Berlin, 26. März. In einem längeren Artikel in der Sonntagsausgabe des „Berliner Börsen-Couriers“ unter der Überschrift „Vertrauen“ beschäftigt sich der Reichsminister Dr. Groener mit der Reichswahlministerwahl und hebt hervor, daß er mit herzoglicher Befriedigung auf den ruhigen Verlauf der Wahl vom 13. März zurückblicken könne. Besonders bemerkenswert ist seine Beurteilung: „Ich habe auch keinen Grund, anzunehmen, daß von irgendwelcher Seite eine ernstliche Störung der öffentlichen Ordnung zu befürchten war.“ Das Vertrauen in die Sicherheit der Verhältnisse, so schreibt er weiter, befähigt sich und erzeugt schon gewisse Anläufe wirtschaftlicher Belebung.

Niederwerb gegen den Roburier

Angsborg, 26. März. Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Schwabe, der Erste Bürgermeister von Roburg, hatte in einer großen öffentlichen Versammlung in Angsborg die polizeilichen Maßnahmen gegen die Nationalsozialisten kritisiert. Ueber Schwabe wurde nunmehr ein dreimaliges Niederwerb verhängt, außerdem hat die Angsborg Polizei die Anklage wegen Verleumdung Strafanzeige gegen ihn gestellt.

Deutsches Gymnasium in Dirschau endgültig geschlossen!

Dirschau, 26. März. Eine „Dienstrauchung“ besonderer Art hat das polnische Kultusministerium der deutschen Bevölkerung in Dirschau und Umgebung bereitet. Auf den Einpruch des Direktors gegen die Schließung des deutschen Gymnasiums in Dirschau hat jetzt das Kultusministerium als letzte Verwalterentscheidung durch das Thurner Kuratorium dem Direktor einen endgültigen abschlägigen Bescheid zukommen lassen. Die letzte Hoffnung der deutschen Eltern ist jetzt die Beschwerde beim Völkerrat, in die dieser Angelegenheit bereits anhängig gemacht wurde.

Anwähligen traten die Geschäftsmittelteilten auf dem Weltmarkt ein, so daß eine Verlängerung der kurzfristigen Kredite, die die „Anstalt“ aufgenommen hatte, und für die das Land Oberösterreich mit seinem ganzen Vermögen haften, nicht erfolgen konnte. Die Verluste aus dieser christlichsozialen Anleihepolitik, die in nächster Zeit zu einer finanziellen Katastrophe führen wird, sind noch nicht genau feststellbar. Sie betragen nach Schätzungen von Fachleuten ein bis fünf Millionen Dollar, das sind 7 bis 35 Millionen Schilling. Der Jude Alma-Apfel ist inzwischen unter Hinterlassung einiger Schreißbriefe nach Paris verschwunden.

Die Schuldigen an dieser Entwicklung sind die christlichsozialen Machthaber in Oberösterreich, die dem jüdischen Gauner Millionen summen in die Hände gespielt haben. Der Freund des christlichsozialen Landeshauptmanns Dr. Schlegel und sein Berater in Finanzfragen, ein Dr. Franz Edlinger, haben die Verbindung zu dem vorher völlig unbekannten jüdischen Bankhaus Alma u. Co. hergestellt. Dieser Dr. Edlinger – ein tschechischer Verbindungsbruder des Landeshauptmanns – war Vermittler aller Dollarkrediten und hat vernünftigerweise erhebliche Provisionen dafür eingestrichen. Erst vor kurzer Zeit wurde dieser schwarze Herr von seinem Freund, Dr. Schlegel, wieder nach New York geschickt, um dort Verhandlungen zu führen. Zahlreiche angelegene Personlichkeiten haben sich wiederholt bemüht, den Landeshauptmann von seinem Freund Dr. Edlinger abzubringen. Es war vergebens. Er wurde nicht nur nicht fallengelassen, sondern auch noch ein Bruder bei der Bundesländerverfälschung in Linz angestellt!

Dieser Skandal, von dem die Öffentlichkeit jetzt endlich einiges erfährt, ist ein Schulbeispiel dafür, daß persönliche Profitgier und Nepotismus sich auch unter dem Deckmantel heuchlerischer Frömmigkeit verdecken kann.

Denken Sie daran!

Haus- und Küchengeräte
Gasherde und Gaskocher

kaufen Sie zum Umzug am besten bei
Geschmister Luperti
Vor dem Steintor 98-102

Familien-Anzeigen

Geburten: 1 S. Dr. H. Ebeling und Frau Dora, geb. Kemmert — 1 T. Dr. med. Karl Doetz und Frau Maria-Mercedes, geb. Kulenkamp 1 S. Dr. Heinrich Raschen und Frau Luise, geb. Lügemeier.
Verheiratete: Friedrich Kettler und Frau Anna, geb. Schütte — Edmund Seebach und Frau Lucie, geb. Behrens — Heinrich Th. Schlund u. Frau Emma, geb. Kelle — Emil Leez und Frau Erna, geb. Wendt — Wilhelm Stahlberg und Frau Hanne, geb. Witte — Willy Kleemann und Frau Luise, geb. Meybohm.
Verlobte: Anna Schmidt mit Bernhard Korte — Irmgard Schulz mit Heinz Twisterling — Klara Stelljes mit Richard Moeller — Grete Witt mit Wilhelm Strackerjan — Anneliese Beier mit Karl Kollmann — Anna Behrens mit Willi Imhoff — Bruna Wendt mit Oskar Fischer — Else Gerken mit Albert Poppe — Luisa Göting mit Walter Meyer — Meta Seyer mit Max Fopp — Susanne Einicke mit Jonny Schmidt — Lina Laging mit Carl Thomsen — Anneliese Lange mit Herbert Eiben — Irmgard Klücher mit Günther Krause — Friedel Barleben mit Hermann Bracht — Mia Brandenburg mit Fritz Reich — Anneliese Schröder mit Walter Vollmert — Theres Meyer mit Edgar Gaster — Dora Detering mit Walter Lirs — Anna Siemsen mit Gerhard Ommen — Toni Blume mit Helmut Meyer — Henni Schibben mit Hermann Mennecke — Erna Kamlot mit Hans Ackermann — Else Windels mit Friedrich Eickhorst.
Verstorbene: Marienchen Hartmann, geb. Gerken, 24 J. — Michael Baundhens, 59 J. — Gesine Söhle, geb. Berends, 74 J. — Johann Pieper 56 J. — Grete Ballschmieter, geb. Witte, 31 J. — Hermine Koop, geb. Blüfner, 47 J. — Joh. C. Grothier, 78 J. — August Beese, 79 J. — Adoli Quade, 48 J.

Mit großer Freude geben wir die Geburt einer

Tochter

bekannt.

Karfreitag, 25. März 1932

Dr. med. Carl Doetz
Maria-Mercedes Doetz
geb. Kulenkamp

z. Zt. Willehadhaus

Jetzt Anmeldung für
Schrift- und Handelskurs
Bredenstraße 14, ab Martinistr.

Stadttheater

Heute
Mittwoch, 20 Uhr, 151. 156. B.
Carmen

Donnerstag, 20 Uhr, 152. 156. B.:
Die schöne Helena
Freitag, 20 Uhr, 26. Vorf.
außer Abonnement:

Gastspiel Henry Vorten
mit eigenem Ensemble
Madame Sans Gêne
Titelrolle..... Henry Vorten
Sonabend, 20 Uhr, 27. Vorf.
außer Abonnement:

Gastspiel Henry Vorten
mit eigenem Ensemble
Madame Sans Gêne
Titelrolle..... Henry Vorten
Sonntag, 11 Uhr, 13. Vorm.-B.
Tanz-Matinée

anlässlich des 30jährigen
Berufsjubiläums der Ballett-
meisterin Janny Bourgeau
15 Uhr: 60. Nachmittags-Vorf.
Im weißen Rößl

20 Uhr: 153. Abonnement-Vorf.
Erstaufführung:
Angela

Montag, 20 Uhr: Gastf. Vorf.
Dienstag, 20 Uhr, 154. 156. B.
In neuer Einfärbung:
Götz von Berlichingen

Die 4. Abonnementsrate ist fällig

Vorverkauf täglich!

Frisch-Fleisch erster Klasse

nur bei den
Bremer Fleischermeistern

Fleischer laßt Euch die Waren-
haus-Reklame nicht gefallen!

Hausfrauen

denkt an den mädigen Speck und die ver-
dorbenene Wurst, die in einem Karstadt-
Betrieb in Braunschweig hergestellt ist.

Stellengesuche

Junges Mädchen
m. guten Näh- u.
Kochkenntn. sucht
Stellg. im Haush.
Gute Zeugn. vorh.
Ang. u. E340a d. V.

Farben Lacke

Pinselfarben
sämtl. Wasch- und
Putzmittel nur beim
Fachmann
Farbenhandlung
Franz Korthoff
Bachstraße 139

Parteiengesosse

zum Umgraben ge-
sucht. Angeb. mit
Preis u. J 344 b. V.

Fremdenverkehrsverein Bremen

Die Mitglieder des Vereins
werden zur ordentlichen
Mitgliederversammlung
auf Mittwoch, den 6. April 1932,
mittags 12 Uhr, im Hauptge-
bäude des Norddeutschen Lloyd
ergebenst eingeladen.

- TAGESORDNUNG:
1. Berichterstattung über die Tätigkeit des Vereins im Jahre 1931.
 2. Rechnungsablage und Entlastungsabteilung.
 3. Neuwahl des Vorstandes und der Ausschüsse.
 4. Wahl v. 2 Rechnungsprüfern.
 5. Haushaltsplan für das laufende Jahr.
 6. Verschiedenes.
- Der Vorstand.

Durch

redigewandte Hausierer, verlockende Angaben seitens Privatver-
sender: „direkt ab Fabrik“ usw., hat sich schon mancher zu seinem

Schaden

verleiten lassen, Stoffe von ihnen zu kaufen. Doch

wird

er bald die Erfahrung gemacht haben, daß

man

nirgends besser bedient wird, als beim ortsansässigen verantwor-
tungsbewußten und verarbeitenden Schneider. Deshalb ist es

klug

diesem volles Vertrauen entgegenzubringen und den Bedarf an
Stoffen und Kleidern bei ihm zu decken. Darum lassen Sie sich
nicht irreführen und vergessen Sie nicht: **Stoffkauf nur b. Schneider!**

Ihr Schneider

billig und gut
Pg. R. Steinke,
Goethestr. 28 (ab Friesenstraße)
Maßschneiderei. Tel.: H. 42029

Lebensversicherungen

nur bei
H. A. GLOYSTEIN
Georgstraße 6, Telefon Domsh. 27571

Kolonialwaren

Eier — Butter
Pg. Alb. Schröder
Ostertorsteinweg 19

Denkt an unsere S.A.-Küche!

Handwerker suchen Arbeit!

Und wundern sich
über schlechten Geschäftsgang.

Vergessen aber,
es unseren Lesern mitzuteilen,
daß sie da sind.

Inseriert in der BNZ

Oder scheuen Sie die kleine Aus-
gabe für eine Anzeige.

Reklame ist nicht teuer!
Es braucht nicht immer ein
Riesen-Inserat zu sein.

Unsere Pg. und Leser suchen Handwerker!



Raucher!

Der alte Fritz im bunten Rock-

das untergänglichste Bild zaubert in uns Erinnerungen
aus Deutschlands großer Vergangenheit hervor.
Aus der Geschichte deutscher Uniformen bringen wir
künstlerische Darstellungen und geben zugleich in unseren
Sammelalben Erläuterungen zu den jeweiligen geschicht-
lichen Ereignissen. Außer den Gutscheinen enthalten unsere
Zigaretten-Packungen zunächst eine Reihe von 240 Bildern aus dem Zeitalter Friedrichs
des Großen. Sammelt sie, Ihr schafft Euch ein Wert von bleibendem Wert. — Unsere Marken



Trommler-Alarm-Sturm-Neue Front

3 1/2 • 4 • 5 • 6

sind aus edelsten orientalischen Tabaken hergestellt und befriedigen den
verwöhntesten Raucher, — unser stetig wachsender Umsatz beweist es;

STURM ZIGARETTEN G. M. B. H. DRESDEN 21



Aus Bremen Stadt und Staat

Die Fürsorge zahlt alles!

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Fürsorge ein Institut ist, bei dem diejenigen zu ihrem Recht bzw. darüber hinaus zu ihrem Profit kommen, die es am besten verstehen, alle Grundzüge von Anstand und Moral mit Füßen zu treten. Während so mancher wirtschaftlich Bedürftige sich die Hände abklopft, ohne daß ihm möglich wäre, auch nur einen Pfennig Unterstützung zu bekommen.

Es ist sehr interessant, einmal anhand von einzelnen Fällen nachzuweisen, wie die Fürsorge auf der einen Seite auf das gewissenlosste ausgenutzt wird, während sie andererseits nicht inlande ist, den primitivsten Verpflichtungen nachzukommen.

In der roten Bremer Hochburg an der Meeresstraße, in der sich auch das Friedrich-Ebert-Saus befindet, ist auch seit Jahren ein Sportplatz eingerichtet. Hier werden die jungen Republikaner in der „Freien Turnerschaft“ zu bewußten Staatsbürgern erzogen. Bereits vor einer geraumen Weile verfuhr die Anwohner, sich wenigstens insofern der Sportler zu erwehren, daß sie den Verein aufforderten, die Umarmung seines Spielplatzes zu den Seiten der Häuser hin zu erhöhen, damit nicht alle Augenblicke die Fußballer in die Gärten der anliegenden Wohnhäuser fallen, wo sie dann von den Bewohnern auf sehr eigene Art und Weise wiederholt werden. Das pflegt folgendermaßen zu geschehen. Ein oder mehrere der spielstarken, haarschaltenden Elemente stürzt sich über die gärtnerischen Anlagen der Anwohner hinweg, bis sie den Ball erreicht haben, um dann auf dieselbe Weise wieder zu verschwinden. Alle Ermahnungen und Einwände helfen nicht gegen diese Kumpel. So wurde erst in den letzten Tagen einem Anwohner der Nachbarhäuser durch einen Fußball eine Fensterheide eingeworfen. Als der Mieter anstelle des nicht anwendbaren Hausbesitzes hinzukam, um den Täter zur Rede zu stellen, lief dieser weg und rief: „Die Fürsorge bezahlt alles!“ Daraufhin begab sich der Geschädigte zu der Geschäftsstelle des Verbandes, dem die Freie Turnerschaft angegliedert ist und bat um Erstattung der zerlegenen Scheibe. Der Geschäftsführer erklärte daraufhin sehr freundlich, man möge die Scheibe nur einlegen lassen, die Fürsorge würde den Schaden schon bezahlen, da es sich bei dem Täter, dessen man leider nicht mehr habhaft werden konnte, um einen Fürsorge-Empfänger handelte. Einige Tage später wurde dem Geschädigten der Betrag für die verauslagte Fensterheide auch tatsächlich von der Fürsorge zurückerstattet.

Wir möchten im voraus nur einmal anfragen, ob die Fürsorge sich eben so bereitwillig dazu erklärt hätte, den Schaden zu tragen, wenn es sich nicht etwa um ein Mitglied der Freien Turnerschaft, sondern um einen SM-Mann gehandelt hätte.

*

Der Kriegsoffer Osterei!

Es ist ja eigentlich kaum verwunderlich, daß in dieser Zeit der allgemeinen Entartung auch der gute alte Osterhase ganz aus der Art geschlagen ist. Ostern, das Fest der Auferstehung, das Fest der Erneuerung, an dem doch eigentlich jeder selbst ist, dem Wachsen Freude zu bereiten. Dieses Ostern 1932 wird gewiß manchem Kriegsoffer und manchem Hinterbliebenen in all der Not und Sorge unvergessen bleiben. Osterfrieden! Ja, für wen denn? Doch gewiß nur für die, die sich im Bewußtsein ihres gesicherten Einkommens diesen Frieden verdorren. Wie steht es aber mit den Hinterbliebenen, denen die tägliche Rente immer mehr gekürzt wird? Wie ist es zum Beispiel um den Osterfrieden der Kriegsoffer bestellt, denen die Sparte in Bremen, die doch auch unendlich mit den Sparmaßnahmen der kleinsten Sparte immerhin auch wirtschaftet, demnach diesen kleinsten und ärmsten Kriegsoffern wegen ca. 150 RM. Zinsrückstand das Haus zur Zwangsversteigerung bringt. Gerade jetzt ist als Osterei dem Kriegsoffer die Hinterbliebenen eine derartige Überforderung zur Eiderung des „Osterfriedens“ besonders wertvoll. Ja, lieber Leser, nun fragst Du ganz erstaunt, zu etwas gibt es ja gar nicht, denn in die in die Staats- und von diesem Reichspräsidenten ist doch gerade den Kriegsoffern der Dank des Vaterlandes angeliefert worden. Ja, lieber Leser, das dürfte nicht. Es gibt doch Töne und solche Opfer! Es gibt doch Opfer, die so ungeschützt waren, ihre Knochen zu Marne zu tragen und es gibt auch Leute, die ihre wertvolle Zeit opferten um zu verdienen. Deren Opfer darf selbstverständlich nicht umsonst gebracht sein, darum ist auch der Staat einseitig genug, um dort rechtzeitig zu intervenieren. Aber die wahren Kriegsoffer dürfen nicht verworfen werden. Nun sagst Du, lieber Leser, es gibt doch die „Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebenen“. Jawohl! Die gibt es auch! Aber die scheint wohl nur als Unterstützungs-Abwehr-Ramone gedacht zu sein, oder im besten Falle noch als Fürsorgestelle für diejenigen, die bei dem allgemeinen Vorkommen nun mal „Hinterbliebenen“ waren. In

Wählerlisten einsehen!

Nicht im Rathaus, sondern im Polizeigebäude

Am Sonntag, dem 10. April d. Js., findet die Wahl des Reichspräsidenten (zweiter Wahlgang) statt. In Anbetracht der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit, hat der Reichsminister des Innern angeordnet, daß die Wählerlisten nur an zwei Tagen, nämlich am nächsten Sonntag und Montag (2. und 3. April) ausgelegt zu werden brauchen. Diese Zeit genügt auch, da die Wahl auf Grund der alten Wählerliste erfolgt. Wer also bei der ersten Wahl seine Stimme abgegeben hat, kann sicher sein, daß er in der Wählerliste steht und braucht sie nicht mehr einzusehen. Da fast neun Zehntel der Bevölkerung gewählt haben, bleibt nur ein Zehntel übrig, das noch Interesse an der Wahl in die Wählerlisten hat. Es sind das besonders diejenigen Personen, die seit der letzten Wahl nach Bremen gezogen sind und die inzwischen das zur Wahl berechnete Alter erreicht haben. Ihnen ist dringend anzuraten, die Listen einzusehen.

Ausgelegt werden die Listen diesmal nicht in der unteren Rathauskammer, sondern im Erdgeschoß des Polizeihauses, Zimmer 143, Zentralmeldeamt (Wahlamt) von 9 bis 19 Uhr. Dort können anhand der polizeilichen Meldeblätter alle Zweifel sofort geklärt werden, so daß die Abfertigung einfacher ist.

Der Umstand, daß auf Grund der alten Wählerlisten gewählt wird, hat zur Folge, daß jeder in demselben Stimmlokal seine Stimme abgeben muß, in dem er bei der ersten Wahl gewählt hat. Die Umzüge konnten nur so weit

berücksichtigt werden, als sie schon vor dem 15. März d. Js. politisch gemeldet worden waren. Es empfiehlt sich für alle diejenigen, die kurz vor diesem Termin umgezogen sind, durch Einsichtnahme in die Stimmlisten festzustellen, ob sie in die Liste des alten oder des neuen Stimmbezirks eingetragen sind.

Wenn die neue Wohnung von der alten so weit entfernt ist, daß die Wahl im alten Stimmlokal zu große Unbequemlichkeiten verursachen würde, kann durch Ausstellung eines Stimmzeichens geholfen werden.

Stimmzeichens werden vom Bremischen Wahlamt, Herdentorsteig 37, III. Etod (Personalausg.) ausgestellt. Doch kann dies erst vom Tage nach Auslegung der Wählerlisten, also vom Montag, dem 4. April, an geschehen und muß am Freitag, dem 8. April, aufhören, weil am Sonnabend bereits die Wählerlisten der Stimmbezirke zugestellt werden, also hier nicht mehr zur Hand sind. Von Sonnabend, dem 9. April, an ist also die Ausstellung von Stimmzeichens unmöglich. Es hat keinen Zweck, dann oder gar noch am Wahltag im Stimmlokal zum Wahlamt um Ausstellung von Stimmzeichens nachzugehen. Jeder hatte die Möglichkeit, die Stimmliste einzusehen oder sich rechtzeitig einen Stimmchein zu besorgen. Wenn er dann am Wahltag nicht in der Stimmliste steht oder verzeilen muß, ohne sich einen Stimmchein besorgt zu haben, so hat er es nur seiner eigenen Nachlässigkeit zuzuschreiben, wenn er des Wahlrechts verlustig geht.

Achtung! Sektion Westen!

Wir verweisen auf unsere Sektions-Mitglieder-Veranstaltung für Frauen, heute, Mittwoch, den 30. März, 20.30 Uhr, im Restaurant Panning, Pannenberg 8 (Klubzimmer). Es spricht unser Vg. Otto Pfeiffer, M. d. B., über das Thema: Die Stellung der Frau im Dritten Reich. Es ist Pflicht aller Parteigenossinnen, diese Veranstaltung zu besuchen.

Sektion Schwachhausen. Heute, Mittwoch, 20.30 Uhr, Sektionsmitglieder-Veranstaltung im Kaffee Budner, Schwachhauser Dorfstraße. Es sprechen WdV. Heider und Vg. Burandt. Erscheinen ist Pflicht!

Der Freundeskreisverein Bremen hält laut Anzeige am Mittwoch, dem 6. April d. Js., 12.00 Uhr, im Hauptgebäude des Norddeutschen Lloyd, großer Sitzungssaal, seine ordentliche Hauptversammlung ab.

Wegen Pfasterarbeiten gesperrt. Die Hanfsackstraße von Steinbockstraße bis Landwehrstraße und der Steffensweg von Schifferstraße bis Gröbenstraße sind wegen Pfasterungsarbeiten von 30. März ab auf etwa 10 Werktage für Fußverkehr, Radfahrer und Reiter gesperrt. Der Fußgängerverkehr kann aufrecht erhalten werden. Auf die Verkehrsleistung wird durch Schilder hingewiesen.

Die Leiche eines Ertrunkenen wurde am Dienstag gegen 7 Uhr am Schleusenoberbalken zu Wasser geborgen. Sie hat anscheinend nur kurze Zeit im Wasser gelegen. Es handelt sich um einen etwa 60 Jahre alten Mann.

Bremer Getreidebericht. 29. März: Weizen: Manitoba 1.620 unzerkollt; Barusso (80 kg) 5.20 unzerkollt. Gerste: Ruffen 5.35 unzerkollt; La Plata 5.30 unzerkollt. Hafer: Bonum. Weibhofer 56 kg 9.60. Mais: La Plata 3.55 zerlegt; Donau Galfso 8.— zerlegt. Tendenz: fest!

Nautischer Verein zu Bremen. Der Nautische Verein zu Bremen veranstaltet in Gemeinschaft mit der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Hamburgischen Schiffsbau-Vereinsanstalt am Mittwoch, 13. April, im großen Saale der Handelskammer Bremen (Hans Schilling) einen Vortrags- und Sprechabend. Ueber Meeres-Erfahrungen mit der Motorform wird Dipl.-Ing. Knoch, Bremen, referieren. Die „Störungsregelung durch örtliche Formgebung der Schiffe“ (Wüsting), Aufwischungen zur Nachstromregulierung u. a. wird Dr.-Ing. G. Kempf, Hamburg, behandeln, und schließlich spricht Dr.-Ing. C. Foerster, Hamburg, über „Die nautischen Fragen beim Schiffsantrieb durch Schaufelgetriebe“ (Wolff-Schneider-Propeller).

Die Telegramm-Schmuckblätter der Deutschen Reichspost sind vom 1. April an zu Sammelzwecken käuflich. Die künstlerisch ausgeführten Formblätter für Telegramme zu festlichen Gelegenheiten wurden bisher nur zur Niederchrift angekommener Telegramme mit Schmuckblattsanfertigung benutzt, die einer Sonderabgabe von RM. 1.— unterliegen. Jetzt kann jede der Sammler die Blätter eigens für seine Zwecke kaufen. Der Kaufpreis beträgt 70 bis 80 Pf. für das Stück je nach dem Umfang der Bezeichnung, hierzu kommt bei Rechnungsbeträgen bis zu 60 RM. ein geringer

Zuschlag für Versandkosten. Dafür werden die Blätter, die zum Zeichen ihrer Echtheit den Abdruck eines Poststempelstempels erhalten, unter „Einschreiben“ gegen Nachnahme zugestellt. Weiter erwachen dem Besteller im Inlandsverkehr keine Kosten, bei Sendungen nach dem Auslande hat er außerdem noch die tatsächliche Freigebühr zu tragen. — Zu bestellen sind die Blätter schriftlich bei der Versandstelle für Sammelmarken in Berlin C. 2, Spandauer Str. 13. Die Schmuckblätter, von denen zur Zeit verschiedene Ausführungen im Verkehr sind, liegen bei den Telegraphenanstalten zur Ansicht aus. Dabei wird jede weitere Auskunft erteilt, auch darüber, unter welchen Bezeichnungen die verschiedenen der Schmuckblätter zu bestellen sind.

Die tschechoslowakische Postverwaltung läßt fortan Nachnahmen (auf eingeschriebenen Briefen, Sendungen, Wertbriefen, Kägen mit Wertangaben und Paketen) sowie Postaufträge aus Deutschland nach der Tschechoslowakei, die von einem und demselben Abnehmer abgehandelt und an einen und denselben Empfänger gerichtet sind, bis zum Höchstbetrag von täglich insgesamt 200 tschechoslowakischen Kronen + ungefähr 25 RM. zu Sendungen dieser Art, deren Nachnahmen oder Postauftragsbeträge zusammen den täglichen Höchstbetrag von 200 tschechoslowakischen Kronen + ungefähr 25 RM. übersteigen, werden nur auf Grund einer besonderen Genehmigung der Tschechoslowakischen Nationalbank in Prag dem Empfänger zum Einlösung vorgelegt.

Nach einem Telegramm der Postverwaltung der Vereinigten Staaten von Amerika ist die Erhöhung der ihr zugehörigen Anteile an den Gebühren für Postpakete nach den Vereinigten Staaten von Amerika und ihren Besitzungen auf den 1. Juli verhöben worden. Die Erhöhung der Gebühren für beratende Pakete wird daher erst vom 1. Juli an in Kraft treten.

Senny Porten im Stadttheater. Ein ganz besonderes künstlerisches und gesellschaftliches Ereignis steht für Freitag und Sonnabend dieser Woche bevor. Senny Porten, die berühmteste Filmpianistin wird in der Titelliste des entzündenden Lustspiels „Madame Sans Gêne“ auftreten. In den übrigen Hauptrollen wird eine Reihe erster Berliner Künstler beschäftigt sein. Der Vorverkauf hat begonnen und empfiehlt es sich, sich rechtzeitig mit Karten zu versorgen.

Berliner Großhandelspreise

Berliner Butterpreise. Die Berliner Notierungskommission bezeichnete die Tendenz wieder als ruhig und setzte die Preise — Stadt und Gebirge gehen zu Käufer Gunsten — für den Zentner wie folgt fest: 1. Qualität 118 RM., 2. Qualität 111 RM. und abfallende Sorte 101 RM.

Rundfunk

Mittwoch, den 30. März, 16 Schlesien-Hotels heimliche Händelkisten. 16.30 Kurkonzert. 17.30 Vortrag. 17.50 Das bunte Programm. 18.30 Vortrag. 18.55 Vortrag. 19.20 Franzfurter Abendbrot. 19.25 Wetter. 19.30 Klavierkonzert. 20 Die große Freiheit. 21 Was dem Tanz-Musik 1910. 22.15 Nachrichten. 22.30 Aktueller Dienst. 23.20 Eisbericht.

Donnerstag, den 31. März, 6.30 Wetter. 6.40 Morgenmusik. 7 Zeitangabe, Wiederholung der Abendmeldungen. 7.05 Eisbericht. 7.50 Wetter, Leitungsberichte. 11 Mittagskonzert. 11.40 Zeit, Wetter, Winterpostmeldungen. 11.50 Rosenplan. 12 Offizieller Festakt. 13.15 Wetter, Wasserstand, Kriminalmeldungen. 13.20 Funterwerbung. 13.25 Fortsetzung des Mittagkonzerts. 14 Eisbericht, Nachrichten. 15 Wetter. 15.05 Börse. 15.35 Schiffsabfahrtsplan.

Der richtige Weg zur Erlangung

schöner weißer Zähne unter gleichzeitiger Beseitigung des häßlichen Zahndesmoders ist folgender: Brufen Sie einen Ertrag Chlorodont-Zahnpasta auf die röhren Chlorodont-Zahnpasta (Spezialpasta mit gezahnten Borsten), brufen Sie die Zähne nach allen Seiten, auch von unten nach oben, tauchen Sie erst die Bürste in Wasser und tauchen Sie mit Chlorodont-Wandweller unter Gurgeln gründlich nach. Der Erfolg wird Sie überraschen! Der misshandelte Zahn wird sich verwandeln und ein herrliches Gebiß der Freude bleibt zurück. Gehen Sie sich vor mindermöglichen, klugen Nachbarn und verlangen Sie ausdrücklich Chlorodont-Zahnpasta. Unter-Vorliegspreis.

Vorausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hansdorf von Eichard; für den Anzeigenteil: M. Kienitz, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unterlegt eingekaufte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie für Rücksendung nicht verantwortlich. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Rotationsdruck: Wefer-Druckerei Bremen.

20 Millionen deutsche Auswanderer waren und sind auch heute noch Kultur-Dinger für praktisch sämtliche übergreifenden Länder. Als es galt zu schaffen und zu kolonisieren, war der Jude noch in seiner Heimat; als es aber galt, dort zu ernten, wo andere gesät hatten, war der schwarz-gelochte Jude schnell auf dem Plan. Die Nationalsozialisten hielten und werden unsere Volksgenossen im Auslande nicht weiter einfach ihrem Schicksal überlassen, sondern wir nehmen die Verbindung mit ihnen auf, für den gemeinsamen Kampf um die geistige und sittliche Erneuerung unseres Volkstums.

Zahlreiche Maßnahmen und ein reicher Kampfschiff waren der äußere Erfolg dieser Waffen-Verarmung. Die Drisgruppe Rio da Janeiro machiert! 1

Unsere Landtagskandidaten in den preußischen Wahlkreisen

Nachdem der Führer der Partei, Adolf Hitler, die Listen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei für den Preussischen Landtag in der von dem Chef des Personalamtes, Hauptmann a. D. Doeper, M. d. R., und mir vorgelegten Reihenfolge genehmigt hat, gebe ich hierdurch als preussischer Wahlleiter der Partei die Spitzenkandidaturen für den preussischen Wahlkampf bekannt.

An der Reihenfolge der Kandidaturen wird nichts mehr geändert. Die Kandidaturen gelten hiermit als parteiamtlich.

Berlin, den 24. März 1932.

gez. Wilhelm Kube, M. d. R.,
Wahlleiter der NSDAP für Preußen.

Wahlkreis 1 Ostpreußen:

1. Baldemar Magunia, Handwerksmeister in Königsberg.
2. Karl Siegmund Lihmann, Administrator in Althof.
3. Conrad Dalka, Bauer in Karschth.
4. Nikolaus Schner, Landarbeiter in Preussisch-Holland.
5. Fritz Schlegel, Amtsbeamter in Preussisch-Colan.
6. Baldemar Weisfel, Eisenbahnsekretär in Insterburg.
7. Ernst Penner, Obersekretär in Königsberg.
8. Oppermann, Architekt in Königsberg.

Wahlkreis 2 Berlin u. Wahlkreis 3 Potsdam 2:

- (Beide Wahlkreise bilden den Gau Ostpreußen und stellen die gleichen Listen auf.)
1. Dr. Joseph Goebbels, Schriftsteller in Berlin.
 2. Graf Wolf Helldorf, Landwirt in Berlin.
 3. Johannes Engel, Dreher in Berlin.
 4. Richard Fiedler, Schlosser in Berlin.
 5. Dr. Hans Minshausen, Studienrat in Berlin.
 6. Max Henze, Kaufmann in Berlin-Steglitz.
 7. Arthur Götlicher, Oberfeuersekretär in Berlin.
 8. Walter Schmidt, Major a. D. in Berlin.
 9. Karl Gante, Müllermeister in Berlin-Steglitz.
 10. Elmar Wagnitz, Kaufmann in Berlin.
 11. Ernst Glemann, Oberleutnant a. D. in Berlin.

Wahlkreis 4 Potsdam 1 (Gau Brandenburg):

1. Karl Viehmann, General der Infanterie a. D. in Neuglied bei Neuruppin.
2. Dr. Ernst Schlang, Regierungsrat, Potsdam.
3. Martin Wend, Bauer in Jernitz.
4. Kurt Daluge, Ingenieur in Berlin.
5. Richard Radtke, Bauer in Teltow.
6. Kurt Krüger, kaufmännischer Angestellter in Spandau.
7. Dr. Martin Köpplmann, Studienrat a. D. in Berlin-Schöneberg.

Wahlkreis 5 Frankfurt a. d. O.-Grenzmark:

- (Gau Ostmark)
1. Wilhelm Kube, Schriftsteller in Berlin.
 2. Anton Hant, Landwirt in Merzdorf bei Schwiebus.
 3. Otto Mecker, Landwirt und Getreidekaufmann in Meisitz.
 4. Werner Schmidt, Gaugeschäftsführer in Berlin.
 5. Hans Roth, Oberfeuersekretär in Sorau.
 6. Hans Richter, Handlungsgehilfe in Hirschowalde.

Wahlkreis 6 Pommern:

1. Willi Bloedorn, Bauernhofbesitzer in Wulstern.
2. Hermann Czerniot, Konditorgehilfe in Gützin.
3. Gerhard Harmel, Bauernhofbesitzer in Bärnau.
4. Max Lietzow, Handlungsgehilfe in Gützin.
5. v. Steinbock, Major a. D.
6. Siegfried Schug, Schlosser in Köstlin.
7. Richard Runge, Lehrer a. D. in Berlin-Friedenau.

Wahlkreis 7 Breslau:

1. Hellmuth Bräuner, M. d. R., Jobten.
2. Richard Turt, Landwirt in Liegnitz.
3. Albin Uder, Gutsbesitzer in Kauer.
4. Schenholz, Arbeiter in Glogau.
5. Freiherr Dr. v. Gregor, Rechtsanwalt in Hirschberg i. R.
6. Günther Krabitz, Landwirt in Liegnitz.

Wahlkreis 8 Liegnitz:

1. Hellmuth Bräuner, M. d. R., Jobten.
2. Richard Turt, Landwirt in Liegnitz.
3. Albin Uder, Gutsbesitzer in Kauer.
4. Schenholz, Arbeiter in Glogau.
5. Freiherr Dr. v. Gregor, Rechtsanwalt in Hirschberg i. R.
6. Günther Krabitz, Landwirt in Liegnitz.

Wahlkreis 9 Oppeln:

1. Hellmuth Bräuner, M. d. R., Jobten.
2. Josef Adamczyk, Lehrer in Oppeln.
3. Hans Slawik, Landwirt in Zwardama.
4. Richard Preis, Schlosser in Gradow.
5. Wilhelm Werner, Landwirt in Zwardama.

Wahlkreis 10 Magdeburg:

1. Oskar v. Kalben in Bienenau.
2. Ernst Meier, Schmied in Salzwedel.
3. Otto Lehmann, Landwirt in Ströben.
4. Otto Große, Kaufmann in Magdeburg.
5. Hans Farnede, Steuerinspektor in Wernstedt.
6. Georg Hg, Steinguthändler in Duedlinburg.
7. Richard Lünede, Schlosser in Magdeburg.
8. Karl Moor, Arbeiter in Gardelegen.

Wahlkreis 11 Halle-Merseburg:

1. Paul Schulz, Oberleutnant a. D. in Berlin.
2. Rudolf Jordan, Lehrer a. D., Gauleiter in Halle a. S.
3. Hans Weinreich, kaufm. Angestellter in Merseburg.
4. Dr. August Hallermann, Dipl.-Landwirt in Halle a. S.
5. Karl Simon, kaufm. Angestellter in Bismarck.
6. Hfr. Pape, Gerichtsassessor in Halle a. S.

Wahlkreis 12 Erfurt:

1. Heinz Eting, Rechtsanwalt in Nordhausen.
2. Otto Rednagel, Kaufmann in Steinbach.
3. Carl Trübner, Bauer in Grumbach.
4. Konstantin Rembe, Generalmajor a. D. in Erfurt.
5. Arthur Greiner, Glaschleifer in Schmiedefeld.

Wahlkreis 13 Schleswig-Holstein:

1. Jirisch Lohse, Gauleiter in Altona-Elbe.
2. Joachim Meyer-Duade, Landwirt in Schleswig.
3. Hans Kammerfeld, Schmiedemeister in Nordholz.
4. Peter Borsen, Landarbeiter in Schmalzig.
5. Hans Rönnefeld, Bauer in Westermünde.
6. Hermann Peperhorn, Pastor in Wied.

Wahlkreis 14 West-Ems:

1. Jacques Bauermann, Landwirt in Vunderhee.
2. Hans Gronewald, kaufm. Angestellter in Osnabrück.
3. Heinrich Bohnens, Gemeindeforscher und Landwirt in Friedeburg.
4. Gustav Nietfeldt, Landwirt in Bielefeld.
5. Dr. Josef Ständer, Arzt in Güdehaus.

Wahlkreis 15 Ost-Hannover:

1. Georg Weidenhöfer, Gutsbesitzer in Burgsteden.
2. Dr. Karl Weber, Hauptmann a. D. in Wendenburg.
3. Gerhard Hahn, Pastor in Elmke.
4. Fritz Fröhlich, Hofbesitzer in Ahlen.
5. Hans Walbert, Herwig, Landwirt-Handlungsgehilfe in Helsen.
6. Heinrich Stummeyer, Kaufmann in Harenburg.

Wahlkreis 16 Süd-Hannover:

1. Hans Reckl, Bürgerversteher und Oberjustizrentmeister in Peine.
2. Friedrich Bolte, Bauer in Schaphen.
3. Gerst Korfemann, Spektur in Hannover.
4. Dr. Hermann Muf, Rechtsanwalt in Göttingen.
5. Gustav Schwiebert, Arbeiter in Hannover.
6. Heinrich Schmidt, Handlungsgehilfe in Hildesheim.
7. Dr. Joachim Haupt, Studienreferendar in Hannover.
8. Bate, Bauerngutsbesitzer.
9. Leopold Gutterer, Schriftsteller in Hannover.

Wahlkreis 17 Westfalen-Nord:

1. Dr. Alfred Meyer, Zeichenbeamter in Gelsenkirchen.
2. Peter Stangler, Grubenbesitzer in Buer.
3. Wilhelm Meinberg, Bauernhofbesitzer in Wackerfur.
4. Otto Schramme, Oberfeuersekretär in Hagen.
5. Bernhard von Kanne, Landwirt in Breitscheid.
6. Erich Hartmann, Kaufmann in Münster.
7. Emil Jergang, Schlosser in Bielefeld.
8. Richard Meyer, Schlosser in Bielefeld.

Wahlkreis 18 Westfalen-Süd:

1. Josef Wagner, Gauleiter in Bochum.
2. Wilhelm Schepmann, Lehrer a. D. in Göttingen.

3. Wilhelm Meinberg, Bauernhofbesitzer in Wackerfur.
4. Franz Land, Bergmann in Mende.
5. Willi Pichmann, Oberförster in Aue.
6. Richard Manderbach, Malermeister in Siegen.
7. Fritz Schlegmann, Ingenieur in Essen.
8. Fritz Bracht, Gärtner in Vlettenberg.
9. Albert Meißter, Lehrer a. D. in Herne.

Wahlkreis 19 Sassen-Magdeburg:

1. Karl Weidrich, Obersekretär in Kassel.
2. Dr. Friedrich Karl Krebs, Landgerichtsrat in Bad Homburg.
3. Walter Krüger, Hauptmann a. D. in Frankfurt am Main.
4. Karl Bette, Landwirt in Wanfried.
5. Dr. Roland Freisler, Rechtsanwalt in Kassel.
6. Willi Meh, Landwirt in Kassel.
7. Adolf Wederle, Diplomvolkswirt in Frankfurt am Main.
8. Fritz Leugenpam, Bauangehelfer in Kassel.
9. Felix Pictarst, Obersekretär in Wiesbaden.
10. Konrad Berne, Kaufmann in Kassel.

Wahlkreis 20 Köln-Nach:

1. Josef Grote, Kaufmann in Köln.
2. Heinz Warte, Baubeamter in Köln.
3. Fritz Marrenbach, Inspektur in Garmersbach.
4. Hans von Gish, Landwirt in Wahn.
5. Robert Palm, Ingenieur in Köln.
6. Lorenz Hoffmeister, Fabrikant in Beuel.

Wahlkreis 21 Koblenz-Trier:

1. August Wetter, Revierförster in Wissen.
2. Ludwig Ries, Weinbaugehilfe in Langenlonsheim.
3. Wilhelm Straube, Angestellter in Ehrenbreitstein.
4. Ernst Schmitt, Ingenieur in Bauernheim.

Wahlkreis 22 Düsseldorf-Est:

1. Friedrich Karl Florian, Grubenbeamter in Düsseldorf.
2. Dr. Josef Klein, Volkswirt in Düsseldorf.
3. Heinrich Fieber, Landwirt in Witten.
4. Wilhelm Schumann, Maurer in Wuppertal.
5. Dr. Emil Heinrich Diehl, Arzt in Krefeld.
6. Alfred Strahweg, Anstreicher, Werkmästchen.
7. Ernst Bollmann, Kaufmann in Moers.
8. Wilhelm Reibies, Monteur in Düsseldorf.
9. Fritz Nishmahl, Messor in Düsseldorf.

Wahlkreis 23 Düsseldorf-West:

1. Rudolf Jilken, Schriftsteller in Essen.
2. Fritz Reben, Schlosser in Duisburg.
3. Karl Jech, Hauptmann a. D. in Essen.
4. Friedrich Poppmüller, Reichsbahnassistent in Oberhausen.
5. Karl Guttenberger, Baubeamter in Essen.
6. Alfons Duella, Dachhalter in Duisburg.
7. Wilhelm v. Schorffemer, Rittmeister a. D. in Düsseldorf.
8. Heinrich Wulffmeier, Kaufmann in Essen.

Nur in Hitler ahnt man den Mann...

Warnung an das deutsche Volk aus einer französischen Kolonialstahl.

In diesen Tagen wird so viel über eine „Annäherung“ zwischen Frankreich und Deutschland gesprochen. Die französische Presse ist voll von Artikeln, Vorschlägen und Notizen über „le rapprochement franco-allemand“, mit allen Mitteln will Frankreich die Welt davon überzeugen, daß das Ziel der heutigen französischen Politik gerade dieses „rapprochement“ ist, und vor allem, sie will dadurch die Massen in Deutschland gewinnen. Seit Monaten arbeitet Frankreich darauf hin, damit der Glaube in Deutschland Wurzeln faßt, daß Frankreich jetzt ernstlich und aufrichtig eine Annäherung wünscht, und die französische Diplomatie hat wohl hierin ihre beste Waffe gefunden, um die nationalen Parteien in Deutschland zu bekämpfen. Wie viele Deutsche, von der französischen Ueberredungskunst irregeführt, werden heute denken: „Wozu brauchen wir Hitler, wenn wir durch Bräunung und sein System zu einer freundschaftlichen Annäherungspolitik mit Frankreich kommen können, und dadurch den wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Landes erzielen werden.“

Liebe Deutsche, diese Annäherung, von der ihr soviel erwartet, wird und kann nie zustandekommen — wenn es der französischen Diplomatie auch gelingen sein mag, in Deutschland für die sogenannte Annäherung der beiden Länder Anhänger zu finden, in Frankreich selbst findet sie keinen Anklang. Im Gegenteil! In der friedlichen Annäherungspolitik, über die die Zeitungen berichten, begegnet einem hier

überall und in allen Schichten des französischen Volkes derselbe alte Haß gegen „les boches“, ein Haß, der für ein „Accord franco-allemand“ und für das Bestehen des Weltkrieges nicht das Geringste verliert.

Bis oft wünsche ich es, daß meine Stimme so laut und mächtig wäre, daß ich euch, dem deutschen Volke, meine Warnung zurufen könnte. Geht nicht in die Falle, die man euch hinstellt! Ein jeder Deutscher, sei er ein Kommunist, ein Sozialdemokrat, ein Anhänger vom Zentrum oder ein „Nazi“, ist und bleibt für den Franzosen — ein Boche. Und daselbe schwere Schicksal wird euch alle treffen, ohne Ausnahme, wenn ihr jetzt aus parteipolitischen Gründen der französischen Politik in die Hände spielt.

Vom Vater und Fleischhaier bis zu den Offizieren, überall hat man nur ein Gesprächsthema — den kommenden Krieg mit Deutschland.

„Wenn die Deutschen nicht zahlen wollen“, jagte mir unlängst ein französischer Offizier, „dann gehen wir das Geld holen, und diesmal wird man uns nicht so leicht freilassen.“ — Ein anderer Franzose jagte mir vor ein paar Tagen: „Wenn es jetzt wieder zu einem Kriege kommt, dann werden wir die Boches so schlagen, bis sie vor uns am Boden liegen und um Gnade bitten.“ Solche Äußerungen hört man hier täglich, nein, stündlich, möchte ich sagen, wie kann ich denn anders als bitter lächeln, wenn ich aus den deutschen Zeitungen ersehe, wie man in Deutschland die Frage einer Annäherung mit Frankreich ernstlich in Betracht zieht.

Nur ihr, das große deutsche Volk, ihr wollt

die Gefahr nicht verstehen! Beharrt in eurer schwankenden Politik, und bald wird Frankreich hinter euren Rücken ein Donauwundt zustande bringen, was eure völlige Isolierung bedeuten wird! Und nur ihr selbst werdet daran schuld sein, weil ihr in entsetzenden Augenblick nicht den Mut hattet, wahr und stark und deutsch zu handeln!

Wählt Hindenburg, den man euch so emsig anpreist! Laßt Hitler und jeden Gedanken an eine zukünftige Großmacht Deutschlands fallen und bezeugt damit den Franzosen euren Gehorham! Seid unerschrocken, und Frankreich wird mit Beihilfe des deutschen Volkes einen Sieg gewinnen, der viel größer ist, als der Sieg, den es im Weltkrieg gewann.

Hier wartet man nur darauf, daß dem deutschen Volke der Mut zur Selbstbehauptung fehlen wird und es sich damit selbst die Rolle einer „Quantité négligeable“ im politischen Leben Europas zuteilen wird.

Nur vor Hitler hat man Angst, große, große Angst. So lange es ging, probierte man, sich über ihn lustig zu machen, ihn als einen Abenteuerer darzustellen, der nicht ernst zu nehmen sei. Jetzt aber spottet man längst nicht mehr — man hat fürcht, man ahnt in ihm den Mann, der allein imstande ist, aus dem heutigen verarmten und gedemütigten Deutschen Reich wieder ein starkes und ein mächtiges Land zu machen.

Die Feinde Deutschlands erkennen die Fähigkeiten Hitlers an — tam es denn wirklich sein, daß Deutschland selbst in diesem schicksalsschweren Augenblicke den Weg zur Rettung nicht

findet? Eine Frau, die Deutschland liebt



Konzessionspflicht der Warenhäuser?

Eine zum Schutze des Mittelstandes ungeeignete Maßnahme!

Von R. Emil Enders

Nach den handelsrechtlichen Vorschriften gilt in Deutschland bis auf wenige Ausnahmen — Handel mit Warenwaren, Schankstätten, Flankendhandlungen u. a. — die Gewerbe-freiheit, so daß jeder Staatsangehörige nach eigenem Gutdünken Handel- und Gewerbebetriebe errichten kann. In diese Gewerbebetriebe will ein Antrag der wirtsch. Verhältnisse und der bayerischen Regierung eingereicht werden, der dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt wurde und die Forderung enthält, für Warenhäuser und Warenhausähnliche Unternehmungen und bayerischen Regierungsfreien die Konzessionspflicht einzuführen. Es hat sich also in den wirtsch. Verhältnissen und bayerischen Regierungsfreien die Konzessionspflicht durchgesetzt, daß die Warenhäuser den Bestand der für das Volksganze wertvollen Mittelbetriebe gefährden und ein Schutz des Mittelstandes notwendig geworden sei.

Von den statistischen Büros wird nun zwar dieser erdrückende Wettbewerb zahlenmäßig in Abrede gestellt, denn nach den Mitteilungen der „Kommunikationsstelle für den Einzelhandel“ sind die Warenhäuser am gesamten Einzelhandels-Umsatz nur mit 4,5 v. H. beteiligt. Diese Zahl gibt aber deshalb ein völlig falsches Bild, weil sie aus dem Umsatz des ganzen Reichsgesamtes errechnet ist. Die Warenhäuser und Einzelhandels-Geschäfte haben aber ihre Umsätze fast nur in mittleren und großen Städten und nur zu einem geringen Teil in Kleinstädten und auf dem flachen Lande. Nach den Umsatzzahlen im Jahre 1927 betrug der Anteil der Warenhäuser am Einzelhandel der mittleren und großen Städte unter Zugrundelegung der jeweiligen Einwohnerzahl 16 bis 20 v. H.

In den letzten vier Jahren dürfte sich dieser Handelskrieg infolge der gesunkenen Kaufkraft der Arbeiter, die durch Verminderung des Einkommens zu den nicht auf den Absatz von Qualitäts- sondern von billigen Massenwaren bedachten Warenhäusern hingetrieben werden, erheblich zu Gunsten der Warenhäuser verschoben haben, so daß man wohl den Anteil der Warenhäuser am Einzelhandel der Städte mit 25 von Hundert einsehen darf.

Hieraus ist ohne weiteres ersichtlich, welche schädliche Konkurrenz den kleinen und Mittelbetrieben durch die Warenhäuser entstanden ist. Es wäre daher nur ein Akt der Gerechtigkeit, wenn durch geeignete Maßnahmen die mittelhändigen Betriebe vor dem erdrückenden Wettbewerb der Warenhäuser und Einzelhandels-Geschäfte geschützt würden. Ein, wenn auch unzulänglicher, Versuch wurde durch die Umsatzsteuer, die bis zum 1. Dezember 1931 gültig war, gemacht. Nach dieser Steuerordnung waren die kleineren Betriebe mit einer Umsatzsteuer von 0,85 v. H. belastet, während die Großbetriebe eine solche von 1,5 v. H. zu tragen hatten. Dieses Verhältnis ist nun nach der letzten Steuerordnungsbestimmung sehr zu Gunsten der Warenhäuser verschoben worden, denn heute beträgt die entsprechende Steuerstufe 2 zu 2,5 v. H. Während also nach dem vorigen Steuerrecht die Großbetriebe fast das Doppelte der Steuerquote der kleineren Betriebe zahlen mußten, brauchen sie heute nur ein Viertel mehr zu zahlen. Die Ungerechtigkeit dieser Steuerverteilung ergibt sich besonders daraus, daß die Warenhaus-Kongerne durch Ausnutzung des Großhandels und teilweise auch der Erzeugnisse, da sie eigene Fabriken unterhalten, mit bedeutend höheren Preisen rechnen können. Durch die Vervielfachung ihrer Betriebe sind die Warenhäuser auch bedeutend krisen- fester als die auf nur wenige Warenartikeln beschränkten Mittelbetriebe und Spezialgeschäfte. Das zeigt sich besonders in den Zahlungseinstellungen. Seit man die Zahlen des Jahres 1930 zurunde, 0 ergibt sich, daß auf den Einzelhandel 40 v. H. aller Zahlungen fielen. Bei einem Fünftel der Fälle wurde die Erfüllung des Kontovertrages wegen Mangel an Kasse abgelehnt. Dagegen sind bei den Warenhäusern kleineren und mittleren Umfanges nur in ganz bescheidenem Maße Zahlungseinstellungen erfolgt und die Schwierigkeiten bei zwei großen Warenhaus-Kongernen beruhen auf ganz anderen Gründen als auf der Wirtschaftskrise.

Es ist daher ohne weiteres anzuerkennen, wenn den kleinen und mittleren Betrieben des Einzelhandels gesetzlicher Schutz zu teil wird. Es ergibt sich nun die Frage, ob durch die Anträge der wirtsch. Verhältnisse und bayerischen Regierung dieser Schutz einmal überhaupt und dann ausreichend gewährleistet ist.

Diese Frage ist sowohl nach der einen als auch nach der anderen Seite hin unbedingt zu verneinen.

Der Konzessionszwang richtet sich ja nicht gegen die bereits bestehenden Warenhäuser, diese brauchen also nicht noch nachträglich die Genehmigung zur Fortführung ihrer Unternehmungen zu beantragen, sondern ausschließlich gegen Neugründungen. Nur in diesen Fällen soll die Genehmigung von der „Bedürfnisfrage“ abhängig gemacht werden. Das geht auf nicht mehr und nicht weniger hinaus, als den bereits bestehenden Warenhaus-Kongernen eine Monopolstellung einzuräumen.

Der Einwand, daß auch diese Kongerne durch ein solches Gesetz in Mitleidenhaft gezogen würden, da ihnen dann ja auch die Gründung von Tochterfirmen erschwert sei, ist hinfällig, denn sie haben ihr Kapital so ausgebaut, daß sie an eine weitere Ausdehnung zur Zeit nicht denken, sondern im Gegenteil die Aufhebung einiger nicht rentabler Tochterunternehmungen planen. Ein Gesetz, das den Konzessionszwang für Warenhausbetriebe vorsieht, würde den mittelhändigen Betrieben nicht im geringsten helfen, da es ja an der gegenwärtigen Kräfteverteilung im Einzelhandel nichts änderte, andererseits würde aber die Stellung der jetzt bestehenden Warenhaus-Kongerne eine erhebliche Stärkung erfahren, da sie dann nicht mehr die Errichtung von Konkurrenzunternehmen zu befürchten hätte. Und den mittleren und kleineren Einzelhandelsbetrie- ben wäre ihre letzte Abwehrwaffe aus der Hand geschlagen, denn ohne dieses Gesetz können sie heute durch genossenschaftlichen Zusammenschluß eigene Warenhäuser errichten und dadurch ihren großen Wettbewerbern erfolgreich entgegenzutreten.

Ein derartiges Gesetz, wie es von den Antragstellern vorgelegt wurde, wäre geeignet, genau das Gegenteil zu bewirken als einen Schutz des kleineren und mittleren Einzelhandels. Dagegen könnte eine gerechte Her- erliche Belastung des Einzelhandels diesen Schutz gewährleisten. Die Warenhaus-Kongerne sind durch die ihnen zur Verfügung stehenden größeren Preispannungen sehr wohl in der Lage, eine bedeutend höhere Umsatzsteuerquote als die kleineren Geschäfte zu tragen, ohne daß eine fühlbare Belastung der Verbraucher einzutreten braucht, denn auf dem Wege der Preisfest- setzung und Preisüberwachung durch die Behörden ließe sich die Abwälzung der erhöhten Steuer auf die Käufer unterbinden. Der Schutz der mittelhändigen Betriebe ist eine dringende Frage der Zeit, aber er muß mit wirksamen Maßnahmen durchgeführt werden. Und das können und werden nur die Nationalsozialisten tun!

ten wäre ihre letzte Abwehrwaffe aus der Hand geschlagen, denn ohne dieses Gesetz können sie heute durch genossenschaftlichen Zusammenschluß eigene Warenhäuser errichten und dadurch ihren großen Wettbewerbern erfolgreich entgegenzutreten.

Kolonialbesitz und Welthandel

Von Dr. Paul Ruprecht

Kolonialbesitz ist für das deutsche Volk eine Notwendigkeit, die sich nicht nur aus seiner Zusammenordnung auf zu einem Raum, sondern auch aus der Rohstoffarmut seines Landes ergibt. Deshalb hat Deutschland auch immer wieder die Rückgabe der ihm im Frieden von Versailles geraubten Kolonien gefordert, ohne jedoch bisher damit mehr als ein Abstel- gen im Auslandes erreicht zu haben. Das gilt vor allem von Frankreich, das auch in dieser Frage wieder seinen Vernichtungswillen gegen uns offenbart. Trotzdem aber hat kürz- lich das führende französische Kolonialorgan „La Dépêche Coloniale et maritime“ die bekanntesten Kolonialpolitiker des Landes um eine Stellungnahme zu dem Vor- schlag der Dépeche de Toulouse, uns Kamerun und Togo wieder zurückzugeben, gebeten. Die Antworten sind, wie dies bei der französischen Einstellung gegen uns nicht anders hat er- wartet werden können, durchaus ableg- end ausgefallen. Besonders schärf hat sich dagegen der nebenbei bemerkt farbige Un- terstaatssekretär des Kolonialam- tes ausgesprochen, indem er erklärt hat, daß, solange der Frieden von Versailles ge- fesselt, er als magna charta der Nachkriegszeit angesehen werden müsse und nicht umgestoßen werden dürfe.

Abgesehen davon, daß durch diese Erklärung nur bewiesen wird, daß unser ganzes Denken und Trachten auf eine Vereitelung jenes Ver- trages gerichtet sein muß, wird ihre Mithaftigkeit auch durch die Entwicklung, die der Weltmarkt seitdem genommen hat, widerlegt. Daß wir den uns in Versailles auferlegten Bedingungen nachkommen, hat nämlich zur Voraussetzung, daß wir durch unseren Ausbeholden die dafür erforderlichen Mittel verdienen. Erfüllung des Friedensvertrages bedeutet also einerseits Aktivierung unserer Handels- bilanz entweder durch Ausfuhrerwei- gung, oder durch Einfuhrverringere- rung, und andererseits Vereinfachung des Auslandes zur Aufnahme unseres Warenüber- schusses.

Da sich aber trotzdem die anderen Länder gegen die Einfuhr unserer Waren immer mehr abgeperrt haben, so hätte sich dar- aus die Zuteilung von Kolonialgebieten an uns von selbst ergeben müssen, um uns wenigstens von fremder Rohstoffzufuhr unabhängig zu machen und uns die- durch die Erstellung eines Ausfuhrüberschusses zu ermöglichen. Die anderen Staaten haben aber weder hierfür Ver- ständnis gezeigt, noch haben sie sich bereit gefunden, eine Steigerung unserer Ausfuhr als Voraussetzung für die Er- füllung der uns von ihnen auferlegten Verpflichtungen in Kauf zu nehmen. Man kann sogar sagen, daß der Frieden von Versailles den internationalen Wa- renaustausch immer mehr behindert hat und dies im Laufe der letzten Jahre so weit getrieben hat, daß man geradezu von dessen Zerstörung sprechen kann.

Begonnen hat dies mit den Kriegsrü- hren, die uns launhaftig gemacht, daher den Handel mit unseren Lieferanten bein- trächtigt und diese infolgedessen wieder zu einer Abrechnung unserer Einfuhr durch Schutzzölle veranlaßt haben. In dieser Richtung haben jedoch nicht allein unsere Tributabhängigen, sondern auch die Zinszahlungen unse- rer Kriegsgegner an Amerika infolge- re, als sie nicht nur dort, sondern auch in Frankreich eine künstliche Anhebung von Gold dadurch eine unnatürliche Verlagerung

der Kaufkraft herbeigeführt haben. Gegen- deren Folgen haben sich immer mehr Staaten durch Zollerhöhungen zu schützen gesucht, zu denen trotz seines bisherigen Freihandertums auch England gehört hat, das schließlich durch die zunehmende Verschärfung des interna- tionalen Warenaustausches sogar genötigt wor- den ist vom Goldstandard abzugehen. Je mehr Staaten ihm aber unter dem Druck der Welt- wirtschaftskrise darin gefolgt sind, desto grö- ßer ist die Neigung der Engländer endgültig zum Schutzoll überzugehen, geworden, was sie nunmehr zum 1. März beschließen haben. Dieser Wechsel wird, zumal England noch immer der größte Handelsstaat der Welt ist, die stärksten Auswirkungen auf den gesamten Welthandel, insbesondere aber auf die Aus- fuhr Deutschlands haben. Dies wird sich näm- lich infolgedessen, was es bisher noch nicht getan hat, seinerseits genötigt sehen, sich eben- so gegen die Einfuhr ausländischer Waren zu wehren, wie es heute die übrige Welt tut und ebenso wie diese seinen Binnenmarkt stärker entwickeln, um sich vom Abfall im Auslande möglichst unabhängig zu machen.

Derartige Autarkiebestrebungen sind für Deutschland natürlich schwerer zu verwer- ften, als für andere Länder, weil es keine Kolonien hat. Deren Zuteilung an uns wird aber nach dem Gelingen um so dringender, je mehr uns eine Abwertung unserer Ausfuhrer- bilanz zur Wahrung unserer Auslandsver- pflichtungen erschwert wird. Hat daher schon der an uns in Versailles begangene Kolonial- raub im Widerspruch zu dem uns auferlegten Friedenspflicht gedankt, so tut es noch mehr die Aufrechterhaltung dieses Unrechtes an der inzwischen vor sich abgegangenen Entwicklung des Welthandels. Wie berechtigt diese Be- hauptung ist, werden die Auswirkungen von Englands Ubergang zum Schutzoll auf den

Welthandel, insbesondere auf die deutsche Ausfuhr, zeigen.

Was auch England großen Schaden da- durch haben und viel von dem, was es im Inlande gewinnt, durch einen ver- stärkten Wettbewerb auf dem Weltmarkt verlieren, so wird es doch, weil es wirt- schaftlich stärker ist und in seinen Kolonien über einen großen und aufnahmefähigen Markt verfügt, darunter nicht so schwer leiden wie Deutschland, dessen Binnenmarkt immer aufnahmefähiger wird und dem dafür fehlende Kolonial- besitz irgend welchen Ausgleich bieten kann.

Aus diesem Grunde dürfen jetzt weniger als je unsere Forderungen nach Zuteilung von Kolonien verkommen. Je mehr dagegen aber der Einwand geltend gemacht wird, daß der Vertrag von Versailles dieser Forderung entgegenstehe, desto stärker müssen wir beto- nen, daß sie sich aus der Entwicklung des Welthandels von selbst ergibt und daß der Friedensvertrag, als deren Ursache, schnell- lings beseitigt werden muß, wenn die Welt nicht zugrunde gehen soll.

Ausfuhrungsverordnungen zur Befämpfung der Notlage in der Binnenwirtschaft

Berlin, 24. März. In Ausführung des kleinen Notverordnung vom vorigen Jahre ist nunmehr der erste weitere Schritt zur Befämpfung der Notlage in der Binnenwirtschaft getan. Zwei neuen erlassenen Verordnungen des Reichsverkehrsministers ordnen die Zusammenfassung der Kleinwirtschaft in Schifferbetriebsverbände an und schaffen in Gestalt von Frachtschiffen Stellen mit der Befugnis zur Frachteregelei.

Verzweifelte Lage der Reichsbahn

Verwaltungsberatung der Deutschen Reichsbahngesellschaft

Berlin, 23. März. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft trat vom 21. bis 23. März 1932 in Berlin zu einer Tagung zusammen.

Die Beratungen über die Finanzen der Reichsbahn liefen den geistigsten Ernst der Lage erkennen, die sich für die Reichsbahn aus der dargelegten deutschen Wirtschaft und der Weltkrise ergibt. Die bisherige Ent- wicklung der Einnahmen im Januar und Fe- bruar 1932 bleibt — mit 42,4 vom Hundert weniger, als in den gleichen Monaten 1929 — noch weit hinter den bisherigen schon sehr unangenehmen Annahmen zurück. Im Ver- kehrswert wurden 19,6 vom Hundert we- niger, als im gleichen Zeitabschnitt 1931 und 24,5 vom Hundert weniger, als in 1929 ver- einbamt. Noch viel mehr litt der Güterver- kehr, bei dem der Rückgang der Einnahmen gegen 1930 über 80 vom Hundert und gegen 1929 beinahe 90 vom Hundert ausmachte.

Die der Wirtschaft seit dem Herbst 1931 gewährten Tarifermäßigungen von über 400 Millionen Reichsmark haben sich bisher nicht als verkehrsfördernd ausgewirkt. Das finan- zielle Ergebnis des Monats März läßt sich wegen des in diesem Monat fallenden Ope- raktes noch nicht übersehen.

Bei dieser Lage muß die Wirtschaft der Reichsbahn mit äußerster Vorsicht und Spar- samkeit geführt werden. Das aus der Kenge-

freien Reichsbahnanteile zu deckende Arbeits- programm in Höhe von 250 Millionen RM. wird planmäßig durchgeführt.

Bayerischer Bauer läßt seinen Hof im Stich

Aus dem „Freisinger Nachrichtenblatt“ ent- nehmen wir nachstehende Meldung:

Der Landwirt Franz Raver aus der- Heiden bei Moosburg verkaufte sein Vieh und ließ sein 18 Tagewerk (24 Morgen) um- faßendes Anwesen im Stich. Obwohl er ein- gaben in Arbeit, während seine Ehe- frau zu ihren Eltern zurückkehrte.

Diese kleine Nachricht beweist die Rich- tigkeit der Forderungen der nationalsozialisti- schen Agrarpolitik und zeigt mit eindringlicher Deutlichkeit, wie notwendig die landwirt- schaftliche Abhilfe ist. Denn treibt die Bauern- not auf diese Weise die Landwirtschaft vom Hofe, dann wird die deutsche Ernährung in Ge- fahr. Die deutsche Regierung aber wü- re keine Daulen haben, um Lebensmittel im Ausland zu kaufen. Nur die Wiederherstel- lung der Rentabilität der Landwirtschaft ver- hindert eine Massenflucht der Bauern von der Scholle, wie wir sie in der Ukraine und Tira- erlitten haben.